

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 15 (1974)
Heft: 19

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Selbstverständlich baut China seine Warnung vor den Sowjets in seine Theorie von der Rivalität der Supermächte ein, aber es macht unmissverständlich klar, dass die Drohkraft bei Moskau ist, schon weil man in Peking realisiert (und es auch ausspricht), dass die sowjetische Macht im Ausbau, die amerikanische Macht aber im Ab- bzw. begriffen ist.

Dementsprechend äussert die «Peking Rundschau» Verständnis für das amerikanische Bestreben, auf Diego Garcia einen Flottenstützpunkt zu errichten, «um sich mit der anwachsenden Seemacht der sowjetischen Revisionisten messen zu können».

Aus diesem Zitat wird auch klar, dass Peking die sowjetische Gefahr für Westeuropa erkannt hat. Gelänge der Sowjetunion eine wesentliche Verstärkung ihres Einflusses in Westeuropa, so müsste darunter auch China erheblich leiden. Und umgekehrt wäre eine Kapitulation Pekings unter dem sowjetischen Druck für Westeuropa verhängnisvoll.

Die Sowjetmarine verfügt über die modernsten Kriegsschiffe der Welt, von denen sogar die grössten Einheiten entworfen und gebaut worden sind, um den Suezkanal durchfahren zu können.

Der neue sowjetische Flugzeugträger «Kiew» und ein im Bau befindliches Schwesterschiff sollen neben Raketen und Helikoptern zur U-Bootbekämpfung auch 35 neue Senkrechtstart- und landungs-Flugzeuge mit unbeweglichen Flügeln aufweisen. Für den Fall, dass der Suezkanal verbreitert und vertieft wird, sind bereits Baupläne für grössere Flugzeugträger ausgearbeitet worden. Drei Kreuzer der Kara-Klasse, die nach britischen Angaben über alle modernsten Einrichtungen zum Raketen-, Radar- und elektronischen Kampf verfügen, sind in wenigen Jahren in Dienst gestellt worden. Die sowjetische Raketen-U-Boot-Flotte wird durch neue Einheiten der Delta-Klasse ergänzt, die mit Fernlenkraketen mit einem Aktionsradius von 6500 km bestückt sind.

Den sowjetischen Flottenstützpunkten fehlt es nur an dieser Bezeichnung

Die Sowjetunion verfügt im Indischen Ozean formell zwar über keine vollen Flottenstützpunkte, materiell aber über alle notwendigen Bunkererleichterungen und/oder Reparaturmöglichkeiten, so in Aden, auf der Insel Sokotra, in Somalia, auf den Maledivien, den Seychellen und Mauritius.

Mitten in diesen Ozean ragt der indische Subkontinent. Der Freundschaftsvertrag mit Indien von 1971 hat den sowjetischen Einfluss verstärkt. Diesem Umstand ist wohl nicht zuletzt die faktische Einverleibung Sikkims durch Indien zuzuschreiben, wodurch der sowjetische Arm an einem neuen Ort an die chinesische Grenze reicht. Die sowjetische Flotte verfügt über Bunkererleichterungen im Hafen von Viskhatnam im Golf von Bengalen, ferner auf den Andamanen- und Nikobarinseln. Schliesslich wurde der wichtigste Hafen von Bangladesh, Chittagong, durch eine Gruppe von rund 100 sowjetischen Technikern gereinigt; nach Abschluss der Arbeiten blieben die Techniker zurück. Chittagong dürfte für die Sowjetunion zu einer Flottenbasis ausgebaut werden.

Die strategische Bedeutung des Indischen Ozeans kann kaum überschätzt werden. Etwa ein Fünf-

tel aller Seetransporte durchquert dieses Meer, davon rund 85 Prozent des japanischen und über 50 Prozent des europäischen Ölbedarfs. Die Absicht vieler Anrainerstaaten, den Indischen Ozean zu einer Zone des Friedens zu machen — ein Gedanke, für den die Premierministerin von Sri Lanka auf ihrer gegenwärtigen Europareise einmal mehr wirbt —, ist sehr verständlich. Aber

er hat wenig Aussicht auf Erfolg, trotzdem die geopolitische Lage des Indischen Ozeans sich dadurch besonders auszeichnet, dass an ihm keine Grossmacht gelegen ist. Verantwortlich für das Scheitern solchen Friedensbemühens ist die Sowjetunion, die als Antwort auf das westliche Disengagement ihr eigenes Engagement im Indischen Ozean gefährlich verstärkt. ■

China zur maritimen Expansion der Sowjets

«Wenn es den Sozialimperialisten gelänge...»

Aus «Peking Rundschau», Nr. 29/1974

Der nachfolgende Auszug aus einer chinesischen Analyse ist unter anderem deshalb bemerkenswert, weil er den Ausbau von Diego Garcia zum amerikanischen Stützpunkt als defensive Massnahme gegen die sowjetischen Hegemoniebestrebungen im Indischen Ozean versteht. Daneben enthält der Beitrag auch eine Warnung vor der Umzingelung Westeuropas durch die sowjetische Kontrolle über die Meere.

Um gegen die amerikanischen Dispositionen aufzukommen, die auf der «Zwei-Ozean-Strategie» beruhen, benutzen die sowjetrevisionistischen Sozialimperialisten alle Mittel, um Mittelmeer und Indischen Ozean unter ihre Kontrolle zu bringen und die amerikanische Marineaufahrt zu behindern. Wenn es den sowjetischen Revisionisten gelänge, das Mittelmeer und den Indischen Ozean ihrer Kontrolle zu unterstellen, so könnten sich ihre Kriegsflotten aufeinander abstimmen. Im Westen könnten sie sich mit den auf dem europäischen Kontinent massierten Truppen koordinieren und zu Wasser und zu Lande gegen Westeuropa vorgehen. Im Osten könnten sie sich dem Stillen Ozean zuwenden und zuerst mit den amerikanischen Flotten im Pazifik fertig werden, zweitens mit Japan und drittens mit anderen asiatischen Ländern.

Um die obenerwähnten strategischen Ziele zu erreichen, haben die sowjetrevisionistischen Sozialimperialisten im Mittelmeer riesige ständige Flottenkampfverbände eingesetzt mit maximal über 90 Kriegsschiffen und 50—60 Schiffen

unter allgemeinen Umständen — was die Zahl der Schiffe der dort stationierten 6. Flotte der USA bei weitem übersteigt. Auch im Indischen Ozean ist eine ständige Flotte eingesetzt worden, ausserdem sucht man mit allen Mitteln nach Errichtung von Marinestützpunkten dort. Um ihres Expansionismus im Indischen Ozean willen fachten die sowjetrevisionistischen Sozialimperialisten sogar einen Krieg zur Zerstückelung Pakistans an.

Gegenüber den anwachsenden expansionistischen Manövern seitens der sowjetrevisionistischen Sozialimperialisten haben die USA-Imperialisten — während sie grosse Anstrengungen machen, um ihre politische Stellung im Mittelmeerraum zu stärken — immer mehr Kriegsschiffe in den Indischen Ozean entsandt und planen ihren Militärstützpunkt auf Diego Garcia mitten im Indischen Ozean zu erweitern, um sich mit der anwachsenden Seemacht der sowjetischen Revisionisten messen zu können. Mit steigender Wildheit ringen die beiden Supermächte um die Herrschaft über Mittelmeer und Indischen Ozean. ■



Sowjetischer Raketenträger in irakischem Hafen.

Unsere Meinung

Erzbischof gibt Interview

Der katholische Theologieprofessor Rudolf Weiler (Universität Wien) hat den «Weltkongress der Friedenskräfte» in Moskau als «Musterbeispiel eines offenen und freien Gesprächs» bezeichnet und festgestellt, es sei «unmöglich zu übersehen», dass die Sowjetunion «eine Macht des Friedens und des Fortschritts» sei (zitiert von «Neue Ordnung», Graz, Nr. 8/9 1974).

Der Testfall freier und offener Gespräche in Moskau würde sich allerdings etwas überzeugender stellen, wenn dort einer den so vorbehaltlos positiven Ansichten über die Rolle der Sowjetunion widersprechen würde.

Im übrigen ist es selbstverständlich auch den Priestern in der Sowjetunion möglich, sich frei und offen über das Sowjetsystem zu äussern, sofern sie es nur vorbehaltlos gutheissen. Allerdings können selbst diese freien und offenen Worte etwas gewunden tönen, wenn beispielsweise ein Erzbischof öffentlich dartut, wie frei die Kirche in der Sowjetunion ist.

Zu diesem Thema äusserte sich («Sowjetunion heute», Nr. 14—15 1974) der Erzbischof Pitirim von Wolokolamsk, Chefredaktor der Zeitschrift des Moskauer Patriarchats und Vorsitzender seiner Verlagsabteilung.

Ausgangspunkt für das Interview war der Fall eines gewissen Lukianenko, den man in einer ukrainischen Kolchose wegen seiner Zugehörigkeit zu einer religiösen Vereinigung zunächst entlassen hatte, dann aber wiedereinstellte, womit ein Fehler, wie er auf der Stufe lokaler Verwaltungen eben einmal vorkommen könne, korrigiert worden sei. Im übrigen erklärte der Bischof, er sei noch nie mit dem Fall einer Verletzung

der Rechte von Gläubigen konfrontiert worden. Was zu diesen Rechten gehört, bleibt insofern offen, als laut Aussage des Erzbischofs die religiöse Gesetzgebung in der UdSSR ein völlig neues Gebiet der Justiz sei, deren Thesen ständig von der Praxis des Lebens überprüft würden.

Jedenfalls haben die Gläubigen das staatlich geschützte Recht, ihre Kinder vor der Gewissensvergewaltung durch die Kirche zu bewahren. Erzbischof Pitirim unterstützt die gesetzliche Regelung, wonach die Kirche von der Pflicht zur Erteilung des Religionsunterrichtes an Minderjährige «befreit» ist. Er schliesst sich der Begründung an, dass «die religiöse Unterweisung unmündiger Kinder Vorurteile züchtet und sogar Elemente einer geistigen und moralischen Vergewaltigung in sich birgt».

Im weiteren erklärte der Erzbischof, dass es in der UdSSR keine verbotenen Glaubensgemeinschaften und Sekten gebe. Das heisst, verboten seien allerdings Sekten, die psychischen und psychisch-moralischen Schaden anrichten. Nun, laut Marxismus-Leninismus richtet die Religion selbst solchen Schaden an. Der erzbischöflichen Aussage wäre folglich eigentlich zu entnehmen, dass Glaubensgemeinschaften statthaft sind, die sich vom Gift des religiösen Aberglaubens befreit haben.

Danach nimmt es sich schon geradezu glaubwürdig aus, wenn der Erzbischof und Chefredaktor erklärt, die religiösen Publikationen seien keiner staatlichen Zensur unterworfen. Wenn der Erzbischof als Schriftleiter den staatlichen Zensurbedürfnissen schon vollauf genügt, würde sich das tatsächlich erübrigen. Sein Interview ist wirklich ein Musterbeispiel dessen, was die sowjetische Ordnung als freies und offenes Gespräch zulässt. Und das ist die Gesprächsordnung, nach der sich westliche Theologen sehen.

Hier ist auch an ein Interview zu erinnern, das Msgr. Casaroli, Sekretär des Rates für öffentliche Angelegenheiten des Vatikans, nach einer Kubareise der Zeitung «O Estado de Sao Paulo» (7. April 1974) gewährte. Er erklärte, dass «die Katholiken, die in Kuba leben, im sozialistischen Regime glücklich sind». Was nicht exklusiv zu verstehen ist, denn: «Die Katholiken und das

kubanische Volk im allgemeinen haben nicht die geringste Schwierigkeit mit der sozialistischen Regierung.» Sofern dieses bemerkenswerte Wissen nicht unmittelbar göttlicher Eingebung entstammt, wird es wohl freien und offenen Gesprächen zu verdanken sein. Da es zeitlich zur freien und offenen Unterredung mit sämtlichen Angehörigen des Volkes nicht ganz gereicht haben dürfte, muss es sich wohl um Gewährsleute für die Meinung von Katholiken und übriger Bevölkerung gehandelt haben. Gewährsleute, die sich in ihrem Zuverlässigkeitsgrad von Erzbischof Pitirim wohl nicht unterscheiden. Es geht doch nichts über Gesprächspartner, die frei und offen die Ansichten einer Obrigkeit vertreten, die abweichende Ansichten bestrafen lässt.

cb

FACETTEN zum Alltag drüben

Polen hat im August die Minimallöhne um 200 Zloty auf monatlich 1200 Zloty angehoben, in Erfüllung der Versprechungen, die nach den Unruhen vom Dezember 1970 von der neuen Führung abgegeben worden waren. Ein Zloty hat eine Kaufkraft von ungefähr 20 Rappen.

Trotzdem die Teuerung auf dem Konsumgütersektor und vor allem auf dem Brennstoffsektor auch vor Polen nicht haltgemacht hat, bedeutet die Erhöhung der Minimallöhne über den Teuerungsausgleich hinaus eine Verbesserung des Realeinkommens, weil die Festpreise für Grundnahrungsmittel (deren Erhöhung seinerzeit die sozialen Unruhen ausgelöst hatte) tiefgehalten werden, was sich gerade bei den Kleinstverdienern positiv auswirkt, die den prozentual grössten Anteil ihres Einkommens zur Deckung ihres Nahrungsbedarfes brauchen. Die Chancen des geltenden Lohn- und Sozialprogrammes hängen zu einem wichtigen Teil davon ab, wieweit es auch fernerhin gelingt, die Grundnahrungsmittel von der Teuerung auszunehmen. Bisher hat man dafür eine wachsende Verschuldung nicht zuletzt im Aussenhandelssektor in Kauf genommen.

Laut polnischen Angaben stiegen die Reallöhne in den letzten drei Jahren um ein Viertel, das heisst stärker als ursprünglich für das ganze Jahrfünft geplant (18 bis 19 Prozent). Allerdings erfolgen die Erhöhungen schubweise und für die verschiedenen Kategorien der Beschäftigten ungleich. Die jetzige Lohnerhöhung betrifft 105 000 Personen, hauptsächlich in Berufen und Betrieben, denen nach 1970 (damals erfolgte unter dem Druck der Ereignisse die Anhebung der Minimallöhne von 850 auf 1000 Zloty) keine Anpassung gewährt worden war. Aehnlich verhält es sich mit den Lohnerhöhungen, die noch in diesem Jahr (für insgesamt für 3,5 Millionen Beschäftigte) oder im nächsten Jahr (für 600 000) vorgesehen sind. Es handelt sich dabei um Kategorien, denen in den vergangenen drei Jahren kein Ausgleich für die laufende Teuerung gewährt war. Das schubweise Ein- und Ueberholen der Teuerung ist allerdings, wie die polnischen Medien unterstreichen, langfristig nur entsprechend der allgemeinen Steigerung in der Wirtschaft möglich. ■

Zitiert...

«In dieser Freiheit sind wir zu sozialistischen Staatsbürgern christlichen Glaubens geworden. Wir haben dabei immer besser gelernt, im Geiste des sozialistischen Patriotismus und Internationalismus als untrennbare Einheit zu handeln. Sozialistischer Patriotismus — das bedeutet uns die ethische Pflicht zur Stärkung unseres Staates in allen Bereichen, in denen wir tätig sind... Mit grossem Elan helfen wir mit, die Wirksamkeit der nationalen Front weiter zu erhöhen und stärken dadurch das Bündnis aller Volkskräfte zum gemeinsamen Handeln für die allseitige weitere Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft.

Es ist unsere Erkenntnis, dass die Freund-

schaft zur Sowjetunion eine Lebensnotwendigkeit ist, und dass sie uns heute veranlasst, die sozialistische Integration der Staaten der sozialistischen Gemeinschaft allseitig zu fördern... In der Erkenntnis der unlösbaren Einheit von sozialistischem Patriotismus und Internationalismus stehen wir christlichen Demokraten, wie bisher, auch im 25. Jahr unseres Staates fest auf seinem Boden. Wir haben ihn in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit der Partei der Arbeiterklasse als der führenden Kraft mit aufgebaut. Wir arbeiten daran mit, ihn zu festigen und zu stärken. Wir wissen uns mitverantwortlich für seine innere und äussere Politik. Die sozialistische DDR ist unser Staat, denn sie verkörpert Freiheit, Frieden, Demokratie und Menschlichkeit für die Arbeiterklasse und alle Werktätigen.»

Wolfgang Heyl in Radio DDR
27. April 1974

Der Kommentar

Zweimal Watergate

Nachdem wir bereits einmal («ZB» Nr. 17 vom 21. 8. 1974) auf die Rezensionen des Chile-Buches von Mario Puelma durch *bz* Bezug genommen haben, möchten wir heute einen weiteren Punkt anführen.

In der ausführlicheren Besprechung, die *bz* in der «National-Zeitung» erscheinen liess, steht unter anderem: «Für diesen Fall» (nämlich tatsächlicher Verfassungsbrüche von Allende) «hielte allerdings die chilenische Verfassung ein fast identisches Absetzungsverfahren bereit, wie es heute in den USA gegen Nixon zur Anwendung kommt. Für Puelma jedoch scheint das Verfassungsargument lediglich ein Kampfmittel gegen Allende zu sein, den Militärs gesteht er das Recht zum eklatanten Verfassungsbruch, ja zur Abschaffung der Verfassung, der Demokratie und der bürgerlichen Freiheiten ohne weiteres zu.»

Das Argument ist verschiedentlich geäußert worden, um das wirkliche oder vermeintliche Widerstandsrecht der chilenischen Armee, das sie selber am 11. September 1973 anrief, zu bestreiten. Daher ist es einer Untersuchung durchaus wert, unter der Bedingung allerdings, dass die Analogie korrekt zu Ende geführt wird.

In den USA und Chile herrscht das Präsidialsystem. Der verfassungsbrüchige oder schwerer Verstöße angeklagte Präsident kann in den USA durch den Senat mit Zweidrittelmehrheit abgesetzt werden, wenn zuvor ein entsprechender Antrag von der Abgeordnetenversammlung mit einfacher Mehrheit gutgeheissen wird. In Chile ist die Zweidrittelmehrheit des Kongresses zum gleichen Schritt notwendig.

Die entscheidende Frage ist nun die: Was wäre

in den USA geschehen, wenn der verfassungs- und rechtsbrüchig gewordene Präsident die blinde und geschlossene parlamentarische Unterstützung seiner Partei, der Republikaner, gefunden hätte; wenn also die Regierungspartei als solche sich zur bedingungslosen Komplizin des Verfassungs- und Rechtsbruchs gemacht und den Präsidenten gegen den Obersten Gerichtshof und gegen die Parlamentsmehrheit der Demokratischen Partei geschlossen in Schutz genommen hätte?

In diesem Falle wäre Nixon auf dem legalen Absetzungsverfahren *unabsetzbar* geblieben, weil im Senat die Zweidrittelmehrheit nicht erzielt worden wäre. Die Demokratische Partei verfügt im Senat zwar über die absolute, nicht aber über die qualifizierte Zweidrittelmehrheit. Und alle Illegalitätserklärungen und Verurteilungen Nixons durch parlamentarische Kommissionen und gerichtliche Behörden, ja selbst durch den Obersten Gerichtshof, hätten den Präsidenten nach der Verfassung nicht legal zum Rücktritt zwingen können.

Wenn sich Nixon, mit der bedingungslosen Hilfe seiner Parteifreunde im Parlament, um jeden Preis an der Macht hätte halten wollen, so hätte er weitere Verfassungs- und Rechtsbrüche aus dieser verfassungsmässig unantastbaren Stellung der Unabsetzbarkeit heraus begehen können. Das Ergebnis wäre eine Staatskrise ersten Ranges gewesen. Denn niemand hätte den diktatorisch regierenden und in seiner Verfassungswidrigkeit durch den Buchstaben eben dieser Verfassung geschützten Präsidenten zum Rücktritt zwingen können. Was dann?

Die Antwort auf diese Frage eines verfassungsrechtlichen Notstandes wurde in Chile gegeben. Dort trat auf dem Hintergrund einer ähnlichen Präsidialverfassung genau der Fall ein, der hier als Hypothese Nixon konstruiert wurde, wobei die möglichen Verfassungsbrüche Nixons im Vergleich zu den tatsächlichen Verfassungsbrüchen Allendes als blosse Bagatelle erscheinen.

Der eine, aber entscheidende Unterschied bestand darin, dass bei Allende die in der Minderheit befindliche Regierungskoalition sich geschlossen zum bedingungslosen Komplizen des verfassungs- und rechtsbrüchigen Präsidenten machte. In den USA war der Regierungspartei im entscheidenden Moment die Einhaltung der

lektuelle Berufe haben, wurden sie grösstenteils in Produktionsbrigaden eingereiht. Innerhalb der Anlernzeit erhielten sie angemessene Ausgleichszahlungen, die jedoch bei DDR-Arbeitern Anstoss erregten. Sie argumentierten, dass die Chilenen bei der Zahlung des Ausgleichs nicht «bevorzugt» werden dürften und ihre Anlernzeit in ähnlicher Weise organisiert werden müsse wie bei DDR-Bürgern, die allerdings aus ähnlichen Berufen kommen. Andere Brigaden hatten Bedenken, dass die politischen Flüchtlinge aus Chile ihnen den Leistungslohn «vermasseln» könnten.

Ein Parteifunktionär aus dem Chemiefaserkombinat in Schkopau, das eine grössere Emigranten-gruppe aus Chile aufnahm, meinte in diesem Zusammenhang, dass es den Chilenen sehr schnell gelingen sei, gute Leistungen zu vollbringen. Sie hätten dadurch selbst dazu beigetragen, viele negative Argumente der DDR-Arbeiter «zu zer-schlagen».

ZEITBILD erscheint alle zwei Wochen

ZeitBild

Redaktion – Administration – Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Tel. 031 43 12 12, Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar+

Leihkasse Bern 153 400 50, Deutsche Bank

Frankfurt a. M. 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag

Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung

Peter Dolder

Abonnementspreise

Fr. 30.– jährlich (Ausland Fr. 33.–, DM 30.–)

Studenten und Lehrlinge Fr. 20.–

(Ausland Fr. 22.–, DM 20.–)

Halbjahr Fr. 16.– (Ausland Fr. 17.–, DM 16.–)

Einzelnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr. 2.–, DM 1,50)

Verfassung wichtiger als der Schutz ihres Präsidenten. Das allein bewirkte seinen freiwilligen Rücktritt, da er sonst im Parlament mit den Stimmen seiner Parteifreunde abgesetzt worden wäre. Anders in Chile, wo die marxistischen Regierungsparteien nicht nur zum Schutz aller Verfassungsbrüche des Präsidenten bereit waren, sondern sie auf eigene Faust und mit noch stärkerem Einsatz als der Präsident gleich selbst auch noch betrieben. Die Möglichkeit einer verfassungsmässigen Absetzung Allendes war unter diesen Umständen illusorisch, obwohl der Oberste Gerichtshof ihn des Verfassungsbruches bezichtigte und die Abgeordnetenversammlung die sogenannte «Illegalitätserklärung» vom 22. August 1973 mit 81 gegen 47 Stimmen verabschiedete.

Der Vergleich der weitgehend analogen, in ihrem Ausgang aber grundverschiedenen Fälle Nixon und Allende bestätigt und illustriert die alte Erfahrungstatsache, dass auch die beste demokratische Verfassung nur so lange lebensfähig ist, als Regierungspartei und Opposition den Willen haben, die Verfassung zu achten und zu schützen. Die Präsidialverfassungen, wie sie die Vereinigten Staaten und Chile aufweisen, haben bei allen Vorzügen gegenüber den parlamentarischen Verfassungen auch den Nachteil der Gefahr, dass ein Abgleiten in eine verfassungsbrüchige Diktatur bei scheinbarer Wahrung der Verfassungsmässigkeit nicht auszuschliessen ist.

Der Fall von Allendes Regierungspraxis bietet das Muster für diese Entwicklung, gegen die dann auf dem Boden der Verfassung selbst kein legales Mittel mehr zur Verfügung steht. Unter solchen Umständen bleibt nur die Anrufung des Widerstandsrechtes.

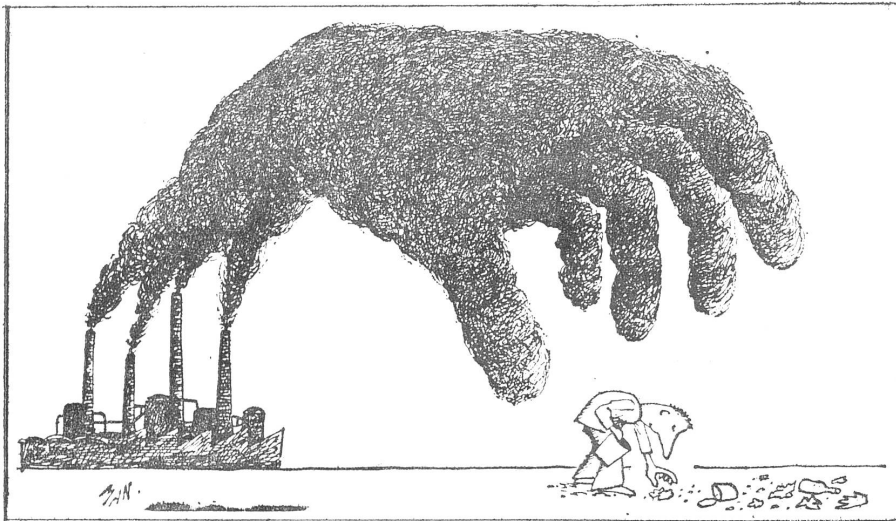
Die USA wurden dank dem letztlich bei allen persönlichen und parteipolitischen Interessen doch obsiegenden Bekenntnis zur Verfassung, bei der Republikanischen Partei und sogar beim Präsidenten selbst, vor dem unheilvollen Dilemma bewahrt, das in Chile zur Zerstörung der demokratischen Staatsform führte, weil unter Allende der demokratische Inhalt zerstört worden war.

P. S.

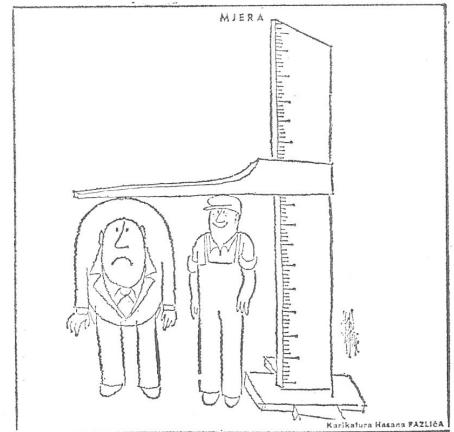
Chile-Flüchtlinge stellen «ideologische Probleme»

Im Unterschied zu Westeuropa hat Osteuropa praktisch keine Flüchtlinge aus Chile aufgenommen. Die Ausnahme bildet die DDR, welche ein beschränktes Kontingent von Chilenen einreisen liess. Diese haben mittlerweile Arbeitsplätze erhalten, und es ist interessant, dass sich offenbar auch in diesem «sozialistischen» Land Integrationsprobleme stellen.

Die Aufnahme chilenischer Emigranten in der DDR ist, wie jetzt im DDR-Fernsehen eingeräumt wurde, durch «viele ideologische Probleme» erschwert worden, insbesondere durch «Voreingenommenheit» von DDR-Bürgern. Da viele der in die DDR emigrierten Chilenen intel-

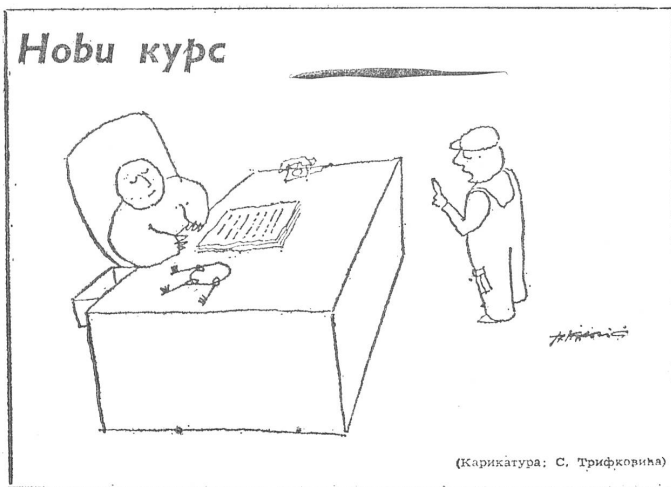


Umweltreinigung. («Nova Makedonija», Skopje, 15. 6. 1974)

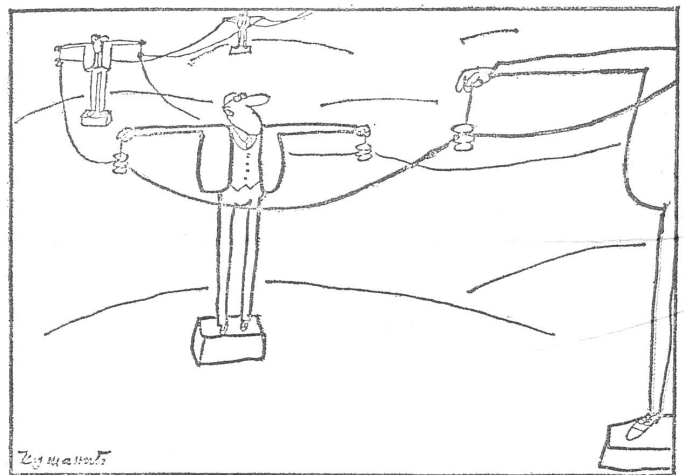


Das Mass. («Oslobodenje», Sarajevo, 11. 5. 1974)

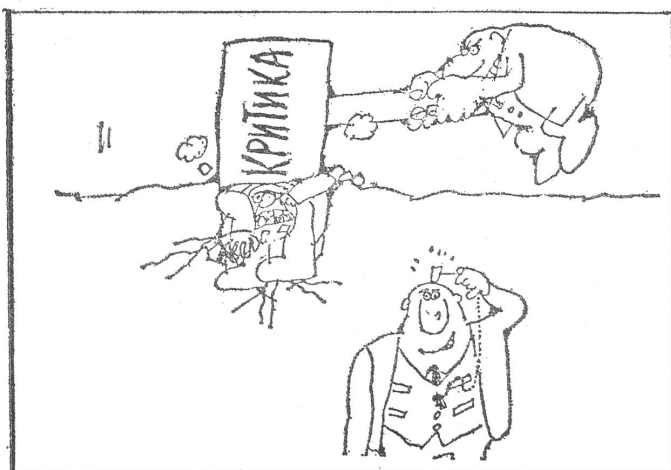
Mass - nahmen



Positive Zeichnung zum «Neuen Kurs», bei dem die Arbeiterräte gegenüber den Betriebsleitungen wieder zur Geltung kommen sollen: «Von jetzt an bleiben die Beschlüsse nicht mehr hinter Schloss und Riegel.» («Borba», Belgrad, 12. 6. 1974)



Fernleitungsfunktionäre. (Sie geben hoch oben die impulse weiter, von denen sie gut isoliert sind.) («Politika», Belgrad, 23. 12. 1973)



Kritik und Selbstkritik. («Delo», Ljubliana, 12. 6. 1974)



Inflation. Bei einer Teuerungsrate von 20 Prozent lebt man ohne eigenes Zutun auf immer grösserem Fusse: «Ob wir diese Steigerung auch noch verkraften?» («Politika», Belgrad, 21. 4. 1974)